



Weiterbildender Masterstudiengang  
»Technische Kommunikation«

# Leseproben Fernstudienlehrbriefe

Marina Tamm

**Juristische und normative Grundlagen**

---

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	7
1. Das Recht des unlauteren Wettbewerbs .....	9
1.1 Aufgabe des UWG: Spielregeln für den Wettbewerb .....	9
1.2 Zusammenspiel mit dem GWB und anderen Marktordnungsregelungen .....	9
1.2.1 UWG und GWB .....	10
1.2.2 Aufhebung von Zugabeverordnung und Rabattgesetz .....	10
1.2.3 Wettbewerbsrechtliche Nebengesetze .....	11
1.3 Geschichte und Schutzzweck des UWG .....	12
1.3.1 Geschichte des UWG .....	12
1.3.2 Schutzzwecktrias des UWG .....	13
1.4 Wettbewerbsbegriff .....	13
1.5 Allgemeine Anwendungsvoraussetzungen des UWG .....	15
1.5.1 Geschäftliche Handlung .....	15
1.5.2 Beispiel .....	16
1.6 Unlauterkeit .....	17
1.6.1 Definition der Unlauterkeit nach § 3 UWG .....	18
1.6.2 Verbote ohne Wertungsmöglichkeit (Anhang zu § 3 III UWG - Black List) .....	22
1.6.3 Allgemeine Verbote wertenden Charakters (§ 3 I UWG) .....	32
1.6.4 Unlauterkeit nach § 4 UWG .....	34
1.6.5 Unlauterkeit nach § 5 UWG .....	38
1.6.6 Unlauterkeit nach § 6 UWG .....	44
1.6.7 Unlauterkeit nach § 7 UWG .....	49
1.7 Rechtsfolgen unlauteren geschäftlichen Verhaltens .....	51
1.7.1 Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch .....	52
1.7.2 Schadensersatzanspruch .....	53
1.7.3 Gewinnabschöpfungsanspruch .....	53
1.8 Verjährung der Ansprüche und sachliche Zuständigkeit der Gerichte ...	53
1.9 Straf- und Bußgeldvorschriften .....	54
1.10 Merksätze zum UWG .....	55
1.11 Abschließender Fall zur Einheit UWG .....	55

2.	Produkt- und Produzentenhaftung .....	61
2.1	Hintergrund der Produkt- und Produzentenhaftung .....	61
2.2	Bemühungen zur Überwindung des Haftungsdefizits .....	63
2.2.1	Erster Unterstützungsansatz: Produzentenhaftung nach § 823 I BGB .....	63
2.2.2	Zweiter Unterstützungsansatz: Produkthaftung nach §§ 1 ff. Prod.HaftG .....	64
2.2.3	Ergebnis: Zwei Haftungsspuren für die Herstellerhaftung .....	64
2.3	Kategorisierung der Herstellerhaftung als Deliktshaftung .....	66
2.4	Verhaltenssteuerung als Ziel .....	67
2.5	Die Produzentenhaftung nach § 823 BGB .....	67
2.5.1	Produzentenhaftung als deliktische Verschuldenshaftung .....	67
2.5.2	Struktur des § 823 I BGB .....	68
2.5.2.1	Verletzung eines absoluten Rechtsguts .....	69
2.5.2.1.1	Begriff: Absolutes Rechtsgut	
2.5.2.1.2	Die von § 823 I BGB geschützten Rechtsgüter im Überblick	
2.5.2.2	Rechtsgutsverletzungshandlung .....	71
2.5.2.2.1	Handeln durch Tun/Unterlassen	
2.5.2.2.2	Missachtung der Verkehrssicherungspflicht als Verletzungshandlung	
2.5.2.2.3	Fehlerkategorien als Fallgruppen der Missachtung der Verkehrssicherungspflicht	
2.5.2.3	Widerrechtlichkeit .....	82
2.5.2.4	Verschulden .....	83
2.5.2.5	Beweislast .....	85
2.5.2.6	Schadensersatz als Rechtsfolge .....	89
2.5.2.7	Verjährung .....	90
2.5.2.8	Merksätze zur Produzentenhaftung .....	91
2.5.2.9	Abschließender Fall zur Produzentenhaftung .....	91
2.6	Die Produkthaftung nach §§ 1 ff. ProdHaftG .....	94
2.6.1	Produkthaftung als Gefährdungshaftung .....	96
2.6.2	Struktur der Produkthaftung gemäß §§ 1 ff. ProdHaftG .....	98
2.6.2.1	Rechtsgutsverletzung .....	98
2.6.2.2	Produkt .....	99
2.6.2.3	Fehler des Produkts .....	101
2.6.2.3.1	Fehlerdefinition	
2.6.2.3.2	Keine Möglichkeit des Ausreißer-Einwandes	
2.6.2.3.3	Kein Fehler-Einwand bei bloßer Produktverbesserung	
2.6.3	Der weite Herstellerbegriff .....	105

---

2.6.3.1	Endprodukthersteller und Zulieferer .....	106
2.6.3.2	Quasihersteller und Importeur .....	108
2.6.3.3	Lieferant .....	109
2.6.4	Kein Haftungsausschluss durch Parteivereinbarung .....	110
2.6.5	Gesetzliche Haftungsausschlüsse .....	110
2.6.6	Beweislast .....	112
2.6.7	Schadensersatz als Rechtsfolge und Einschränkungen .....	112
2.6.7.1	Tötung/Verletzung eines Menschen .....	113
2.6.7.2	Sachschaden .....	114
2.6.7.3	Haftung Mehrerer Schädiger/Mitverursachung des Ge- schädigten .....	114
2.6.8	Verjährung und Gerichtszuständigkeit .....	115
2.6.9	Merksätze zur Produkthaftung .....	115
2.6.10	Abschließender Fall zur Produkthaftung .....	116
3.	Produktsicherheit nach dem ProdSG .....	119
3.1	Produktsicherheit: Was bedeutet das? .....	119
3.1.1	Anwendungsbereich .....	120
3.1.2	Anwendungsbereich eröffnet .....	120
3.1.3	Anwendungsbereich nicht eröffnet .....	120
3.2	Allgemeine Anforderungen an die Sicherheit von Produkten .....	121
3.2.1	Einführung .....	121
3.2.2	Anforderungen aus Rechtsverordnungen aufgrund von § 8 ProdSG .....	122
3.2.3	Deutschsprachige Bedienungsanleitung .....	123
3.2.4	Ausnahmen für die Werbung .....	123
3.2.5	Allgemeine Anforderungen an Produkte bei sog. harmonisierten Normen (EU) .....	123
3.2.6	Allgemeine Anforderungen an Produkte bei Normen und anderen sog. technischen Spezifikationen (Deutschland) .....	124
3.3	Informationspflichten/Kennzeichnungspflichten .....	124
3.3.1	Informationspflichten .....	124
3.3.2	Maßnahmepflichten .....	125
3.3.3	Meldepflichten .....	125
3.3.4	Pflichten von Händlern bei Verbraucherprodukten .....	126
3.4	Die CE-Kennzeichnung .....	126
3.4.1	Hintergrund der CE-Kennzeichnung .....	126
3.4.2	Richtige Verwendung der CE-Kennzeichnung .....	126

3.4.2.1	Sichtbare Anbringung .....	127
3.4.2.2	Kennnummer .....	127
3.4.2.3	Zeitpunkt des Anbringens .....	127
3.5	Die GS-Kennzeichnung .....	127
3.6	Verwendung des GS-Zeichens .....	128
3.7	Pflichten des Herstellers .....	128
3.8	Pflichten des Importeurs .....	129
3.9	Weitere Regelungen im ProdSG .....	129
3.10	Konsequenzen bei Verstößen gegen das ProdSG .....	129
3.11	Ordnungsrechtliche Konsequenzen: Bußgelder .....	129
3.11.1	Strafrechtliche Konsequenzen: Strafen .....	130
3.11.2	Wettbewerbsrechtliche Folgen .....	130
3.12	Merksätze zum ProdSG .....	131
4.	Recht der (privaten) technischen Normen .....	133
4.1	Bedeutung von technischen Normen .....	133
4.2	Inhalt von technischen Normen .....	133
4.3	Normgebungsorganisationen .....	134
4.4	Normgebungsverfahren .....	134
4.5	Merksätze zum Normgebungsverfahren .....	136
	Stichwortverzeichnis .....	137

# 1 Einleitung

Der vorliegende Lehrbrief vermittelt Ihnen einen Überblick über die wichtigsten haftungsrechtlichen Grundlagen, die bei der Produktproduktion und -vermarktung beachtet werden müssen. Die rechtlichen Anforderungen an die Produktproduktion und -vermarktung haben in den letzten Jahren stetig zugenommen. Es sind in diesem Bereich eine Vielzahl öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Vorschriften einschlägig.

Die Worte „öffentlich-rechtlich“ und „privatrechtlich“ zielen auf eine Unterscheidung. Sie läuft darauf hinaus klarzustellen, dass einmal nur im Verhältnis Bürger und Staat Normenvorgaben wirken (und bei Nichtbeachtung durch die öffentliche Gewalt sanktioniert werden) und einmal Normenvorgaben im Verhältnis Privater untereinander Verhaltenssteuerung betreiben sollen. Im letzteren Fall obliegt dann dem Privaten (d.h. dem Produktkonkurrenten oder dem Produktgeschädigten) das Betreiben der Sanktion bei einer Pflichtverletzung.

Die Materie, die in diesem Skript behandelt wird, ist deshalb etwas heterogen. Gleichwohl ist es trotz der Schwierigkeiten, die dadurch bei der Stoffvermittlung entstehen, wichtig, Sie Ihnen nahe zu bringen. Denn in der Praxis greifen all die dargestellten Regelungen ineinander und müssen daher auch im Zusammenhang vom Produkthersteller bzw. Verkäufer beachtet werden.

Ich habe mir Mühe gegeben, die rechtlich relevanten Materien für Sie so „herunterzubrechen“, dass sie auch für den Nichtjuristen fassbar werden. So werden in dem Skript stets die einschlägigen Normen, ihre Systematik und ihre Bedeutung dargestellt. Die vielen kleinen Beispiele und leading-cases, die von der Rechtsprechung bereits entschieden wurden, sollen Ihnen verdeutlichen, wo und wann die Regelung in einem gerichtlichen Verfahren bereits einmal „Aufsehen“ erregte bzw. auf welche Sachverhalte die Norm passen könnte. Zum Teil sind auch kleine Rückfragen im Skript eingearbeitet worden, die als didaktisches Mittel dazu dienen, Sie zum reflektierten Verinnerlichen anzuregen. Ich hoffe, dass Ihnen das Skript viel Wissenswertes vermitteln wird und dass Sie auch etwas Spaß daran haben, sich mit rechtlichen Sachverhalten und ihrer gesetzlichen/gerichtlichen Bewertung vertraut zu machen. Ich kann Sie dazu nur ermuntern!